

"Der Wechsel beginnt .."

Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Baden-Württemberg

Baden-Württemberg 2011 - 2016
Auszug Themenbereich Migration und Integration

(<http://www.integrationsministerium-bw.de/servlet/PB/menu/1268954/index.html?ROOT=12686739>)

Weltoffenes Baden-Württemberg Chancen durch aktive Integrationspolitik

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Viele leben und arbeiten seit Jahrzehnten und in nunmehr vierter Generation in unserem Land. Ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung. Diese Vielfalt ist unsere Stärke und unser Potenzial für die Zukunft.

Diese positiven Entwicklungen wollen wir stärker als bisher aufgreifen und gezielt fördern. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass sich Chancengleichheit über soziale und ethnische Grenzen hinweg durchsetzt. Die Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat durch zu spätes, unverbindliches Handeln Integrationshemmnisse geschaffen, die wir abbauen wollen. Wir streben eine Neuausrichtung der Integrationspolitik an. Unser neuer Ansatz soll seinen Ausdruck in einem Partizipations- und Integrationsgesetz finden, das verbindliche und messbare Ziele definiert. Darüber hinaus werden wir aktiv an einer integrationsfördernden Weiterentwicklung des Bundesrechts mitwirken.

Die landesspezifischen Strukturen, Regelungen sowie die dazugehörige Verwaltungspraxis werden wir mit Blick auf ihre integrationspolitische Eignung auf den Prüfstand stellen. Unser Ziel ist es, die erfolgreichen Ansätze aus bisherigen Projekten aufzugreifen und in Form einer Regelförderung zu verstetigen. Wichtige Ansatzpunkte sind hierbei die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wirtschaft. Ein verbessertes Angebot bei diesen Maßnahmen wird auch die Bereitschaft und Fähigkeit der Migrantinnen und Migranten zur Integration erhöhen.

Öffnung des öffentlichen Dienstes für Migrantinnen und Migranten

Integration braucht Vorbilder, die belegen, dass sich Anstrengung lohnt. Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg hat insoweit eine Vorbildfunktion. Er hat sich viel zu lange der gesellschaftlichen Entwicklung mit Blick auf die kulturelle Vielfalt der Bewohnerinnen und Bewohner des Landes verschlossen. Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund spiegelt sich in der Verwaltung nicht wider, in Führungspositionen ist er kaum vorhanden. Das werden wir ändern.

Zum einen wollen wir den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen, zum anderen interkulturelle Kompetenz in der Landesverwaltung als Qualitätskriterium verankern. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz müssen als wichtige zusätzliche Qualifikationen erkannt, bewertet und im Rahmen von Aus- und Fortbildungen gefördert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir als freiwilliges Angebot der Personalplanung ein Anreizsystem entwickeln, das die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Bereichen spezifisch honoriert, in denen der Migrationshintergrund eine bessere Eignung für die Aufgabenwahrnehmung begründet. Durch eine spezielle Förderung und die sich daran anschließende Einstellungspraxis soll auch ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst

willkommen sind.

Integrations- und Orientierungskurse als Grundstein für den Start

Für Personen, die im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen und die über keine oder wenige Kenntnisse der hiesigen Gesellschaft und der deutschen Sprache verfügen, sind die Integrations- und Orientierungskurse ein guter Grundstein für ihren Start in der Bundesrepublik. Wir werden uns dafür einsetzen, diese Kursangebote weiterzuentwickeln und auszubauen. Zum einen sollen sie inhaltlich stärker auf spezifische Zielgruppen abgestimmt, zum anderen ausgeweitet und damit leichter zugänglich werden. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die Kommunen mit ihrer Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und lokalen Bedürfnisse stärker in die Organisation eingebunden werden können.

Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen

Mit Blick auf das Gebot der Chancengleichheit und den prognostizierten Fachkräftemangel können wir es uns nicht länger leisten, die Qualifikationen und Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund brach liegen zu lassen. Der angestrebten Willkommens- und Anerkennungskultur entsprechend werden wir uns dafür einsetzen, dass ausländische Bildungsabschlüsse künftig leichter anerkannt werden, jede Inhaberin und jeder Inhaber einer ausländischen Qualifikation eine Beschäftigung aufnehmen kann, die einem vergleichbaren Abschluss entspricht.

Wir werden den bundesrechtlichen Rahmen deshalb ausschöpfen und Länderkompetenzen konsequent nutzen. Wir wollen für die Betroffenen und für potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber eine zentrale Anlaufstelle einrichten, die über das Verfahren, die Voraussetzungen, die Möglichkeiten einer Anpassungsqualifizierung und berufsbezogene Sprachkurse kompetent Auskunft geben und Beratung erteilen kann.

Einbürgerung erleichtern

Wir werden für eine größere Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft und eine Abschaffung des Optionszwangs auf Bundesebene eintreten. Unser Ziel ist es, unter Ausschöpfung des bundesgesetzlichen Rahmens Einbürgerungen zu erleichtern und das Verfahren insgesamt zu vereinfachen und zu beschleunigen. In diesem Sinne streben wir eine Verringerung der Einbürgerungstatbestände an, die der Zustimmung der Regierungspräsidien als höherer Staatsangehörigkeitsbehörde bedürfen.

Wir werden das Landesrecht sowie das Verwaltungshandeln des Landes im Lichte dieser integrationspolitischen Ziele neu ausrichten.

Humanität hat Vorrang

Wir setzen uns an der Seite der Flüchtlingsverbände, der Kirchen und anderer Initiativen für einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen ein. Entlang ihrer integrationspolitischen und humanitären Eignung wollen wir alle landeseigenen Erlasse, Anwendungshinweise und die dazugehörige Verwaltungspraxis überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Die Probleme der Kettenduldung bzw. der fehlenden Aufenthaltsperspektive sind durch die bestehende Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht gelöst worden. Wir werden uns deshalb im Bundesrat sowie in der Innenministerkonferenz für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung einsetzen, welche an humanitären Kriterien ausgerichtet ist. Darüber hinaus werden wir auf Landesebene zeitnah Verwaltungsregelungen erlassen, um die neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für Jugendliche in die Praxis umzusetzen.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerbern verbessern

In Baden-Württemberg leben zahlreiche Menschen, die ihre Heimat verlassen haben und nicht als Asylbewerberinnen und Asylbewerber anerkannt wurden. Es ist ein Gebot der

Menschlichkeit, dass diese Menschen in ihren Grundbedürfnissen versorgt werden. In erster Linie müssen wir den ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung gewährleisten. Das gleiche gilt für den Zugang der Kinder zu Bildungseinrichtungen.

Darüber hinaus wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen die Unterbringungs- und Versorgungssituation mit Blick auf humanitäre Kriterien kritisch prüfen und schrittweise verbessern.

Wir werden die Residenzpflicht abschaffen, so dass sich die betroffenen Personen nicht nur im Landkreis, sondern im ganzen Land frei bewegen können. Die Abschiebehaft soll nur als letztes Mittel zur Anwendung kommen und bei besonders schutzbedürftigen Personen, zum Beispiel bei Minderjährigen und Traumatisierten, ausgeschlossen werden. Abschiebungen in Länder, in denen die Sicherheit und Integration der rückzuführenden Menschen nicht gewährleistet werden kann, werden wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten aussetzen.

Wir erkennen die Notwendigkeit der Aufnahme schutzbedürftiger Personen an und werden uns im Rahmen bundesweiter Programme für Resettlement (Neuansiedlung von Schutzbedürftigen aus Drittländern) zur jährlichen Aufnahme eines angemessenen Kontingents von Flüchtlingen verpflichten.

In den vergangenen Jahren hat sich die Härtefallkommission sehr bewährt. Wir wollen an diesem Gremium festhalten und werden die Besetzung prüfen und gegebenenfalls ergänzen. Die Landesregierung wird sehr verantwortungsvoll mit den Ersuchen der Härtefallkommission umgehen.

Wir werden auf Bundesebene für eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes eintreten. Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass trotz bundesgesetzlicher Vorgaben das Sachleistungsprinzip schrittweise aufgelockert und auf humanere Sachleistungen bzw. auf Geldleistungen umgestellt wird.

Die Lebenssituation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus muss ebenfalls verbessert werden. Auch für sie muss der Zugang zu Bildung und zum Gesundheitssystem gewährleistet sein. Wir wollen, dass „humanitäre Hilfe“ für Menschen ohne Papiere nicht kriminalisiert wird.

Starkes Kulturland Baden-Württemberg

Interkultureller Austausch fördert Zusammenhalt der Gesellschaft

Auch den interkulturellen Austausch und die interkulturelle Kulturarbeit wollen wir zu einem Förderschwerpunkt machen. Migrationskultur ist fester Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders aller Menschen in unserem Land. Der kulturelle Austausch gehört zur Normalität. Er bietet die Grundlage für ein respektvolles Zusammenleben und entzieht Rassismus und Fremdenfeindlichkeit den Nährboden.

Sport bewegt

In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11.000 Sportvereinen organisiert. Sie sind die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Sie hat eine herausragende gesellschaftliche, politische, gesundheitliche und wirtschaftliche Bedeutung. Der nichtorganisierte Sport und die Bewegung im öffentlichen Raum gewinnen indessen an Bedeutung.

Sport bewegt die Menschen – nicht nur körperlich. Er hat eine starke integrative Kraft als Brücke zwischen den Generationen, zwischen Menschen mit verschiedenem sozialen oder kulturellen Hintergrund und unterschiedlicher Herkunft. Außerdem befriedigt Sport das Grundbedürfnis des Menschen nach Spiel, Bewegung und Wettkampf.

Wir werden die Belange des Sports stärker als bisher berücksichtigen. Den mit dem Sport vereinbarten Solidarpakt werden wir im Haushalt absichern und neue Spielräume schaffen.

(...)

Bessere Bildung für alle

Frühkindliche Bildung – Chancen nutzen, Potenziale schaffen

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Frühkindliche Bildung und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben für uns hohe Priorität. Die Grundlagen für den weiteren Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deshalb müssen alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, an Bildung teilzuhaben – von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir die frühkindliche Bildung stärken. Für uns geht es um Bildungsgerechtigkeit von Beginn an: Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten und Potenziale zu entfalten.

Rechtsanspruch auf Betreuung der Kleinsten

(...)

Die Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Bildungsauftrag. Wir werden ihn weiter stärken. Die Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen und die Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Wir wollen einen Aktionsplan für pädagogische Fachkräfte vorlegen, mit dem die Plätze an Fachschulen für Sozialpädagogik und die Studienplätze für Frühpädagogik ausgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir den heutigen Fachkräften Fort- und Weiterbildungsangebote bieten, die auf ihren in der Praxis erworbenen Kenntnissen ansetzen. Insbesondere kommt es uns auch darauf an, mehr junge Männer und Menschen mit Migrationshintergrund für den Erzieherberuf zu motivieren.

Bildungsaufbruch an den Schulen

Die Lernbedingungen verbessern

(...)

Wir wollen gezielt Lehrkräfte mit Migrationshintergrund anwerben. Dabei geht es um spezielle interkulturelle Kompetenzen, wie auch um muttersprachliche Kenntnisse. Den muttersprachlichen Unterricht wollen wir schrittweise ins reguläre Schulangebot integrieren.

Religion und Ethik vermitteln Werte

(...)

Wir werden den islamischen Religionsunterricht weiter ausbauen. Dieser Unterricht findet in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten islamischen Religionslehrkräften statt.

Wissenschaft in Höchstform

Leitideen für ein zukunftsfähiges Landeshochschulgesetz

Öffnung der Hochschulen

Wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Kinder aus einkommensschwächeren Familien und mehr ausländische Studierende an die Hochschulen bringen. Das Studium neben dem Beruf oder neben familiären Verpflichtungen muss leichter möglich sein. Um unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen gerecht zu werden, müssen Hochschulen die Studienberatung sowie Teilzeit-Studiengänge ausbauen. Auch Barrierefreiheit muss als Kriterium systematisch berücksichtigt werden. Die Ausstattung der Studentenwerke muss den wachsenden Aufgaben und den steigenden Studierendenzahlen entsprechend angepasst werden.

Beste Bedingungen für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs

Lehrerinnen und Lehrer besser auf die Schule vorbereiten

(...)

Die Studienangebote im Bereich der Islamischen Religionspädagogik werden wir ausweiten, damit unsere Schulen verstärkt Islamischen Religionsunterricht anbieten können.

Verlässlichen Bildungsaufstieg sichern

Das Studienangebot der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ist in besonderer Hinsicht relevant für so genannte Bildungsaufsteiger, für Studierende mit Migrationshintergrund und aus regionalen Einzugsbereichen. Zur Sicherung der Qualität und der verbesserten Anschlussfähigkeit werden wir daher Ressourcen für den Aufbau von Master-Studiengängen zur Verfügung stellen und dafür Sorge tragen, dass Absolventen einen leistungsgerechten, geregelten Zugang zur Promotion haben. Die Duale Hochschule wollen wir weiterentwickeln und dort stärken, wo ihr Erfolg begründet liegt: In ihrem Profil mit dualen Studienangeboten, die künftig vermehrt auch berufsbegleitend angeboten werden sollen.

Ökologische und soziale Modernisierung bringt wirtschaftliche Dynamik

Wirtschaft und Technologie bringen das Land voran

Wirtschaftspolitik im Instrumentarium zeitgemäß fortentwickeln

Existenzgründungen forcieren

Wir streben eine Revision der Existenzgründungspolitik des Landes an. Baden-Württembergs Ruf als Gründungsland muss neu belebt werden, denn wir wollen eine neue Gründerwelle im Land in Gang setzen. Wichtige Instrumente sind die Schaffung eines nachfrageorientierten Systems mit Beratungsgutscheinen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, eine Erhöhung des Angebots an Mikrokrediten, ein besseres Angebot an Beratungseinrichtungen sowie ein ausreichend ausgestatteter High-Tech-Wagniskapitalfonds. Dabei werden wir prüfen, welche bürokratischen Hürden einer Existenzgründung im Wege stehen und dazu beitragen, dass diese beseitigt werden. Wir werden für eine ausreichende Finanzierung und den flächendeckenden Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf sorgen, Unterstützung beim Aufbau von Gründerinnen- und Gründer-Netzwerken leisten und dafür Sorge tragen, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund für ihre Unternehmungen die gleiche Unterstützung erfahren.

Baden-Württemberg zum Musterland Guter Arbeit machen

Allianz für Fachkräfte – Fachkräftebedarf sichern

In den kommenden Jahren scheiden immer mehr Fachkräfte altershalber aus. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten. Deswegen brauchen wir schon jetzt mehr gut ausgebildete Fachkräfte.

Die Landesregierung wird gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Wirtschaft, dem Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag, dem Baden-Württembergischen Handwerkstag, der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Agentur für Arbeit, den Hochschulen und den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen eine „Allianz für Fachkräfte“ ins Leben rufen und die Koordinierung übernehmen. Ziel ist es, den Fachkräftebedarf in Baden-Württemberg zu decken und dem mittelfristig drohenden Mangel von mehr als 200.000 Fachkräften rechtzeitig und wirkungsvoll mit vereinbarten Maßnahmen entgegenzutreten. Dazu gehört auch die Entwicklung eines Fachkräftemonitorings. Denn nur durch gut qualifizierte Fachkräfte sind die soziale und ökologische Modernisierung und damit der Wohlstand unseres Landes dauerhaft möglich. Schlüsselthemen der Allianz für Fachkräfte sind:

(...)

- Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten und eine schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen.

Unsere Wirtschaft wird auch auf Zuwanderung angewiesen sein. Dazu wollen wir, wo nötig, bestehende Hemmnisse mindern. Dazu zählen gesellschaftliche Faktoren wie eine fehlende Willkommenskultur, aber auch formale wie Einkommensgrenzen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Beschäftigungschancen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die bereits in Baden-Württemberg leben, vernachlässigt oder gemindert werden. Die Beschäftigungschancen von in Deutschland ausgebildeten Menschen mit Migrationshintergrund werden wir verbessern.

Für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft

Teilhabe von jungen Menschen

Beteiligungsrechte stärken

(...)

Wir wollen die Finanzierungsinstrumente der Kinder- und Jugendarbeit transparenter machen. Das Verhältnis von Projekt- und Regelförderung gilt es neu zu justieren. Zentrales Finanzierungsinstrument ist und bleibt der Landesjugendplan. Die Bereiche Integration, Partizipation und Medienbildung werden darin fest verankert. Die Altersgrenze bei Seminaren für Jugendbildung wollen wir anpassen.

Gute Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg – auch in Zukunft

(...)

Der Zugang zu den etablierten Strukturen der Gesundheitsversorgung muss erleichtert werden. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

Baden-Württemberg in guter Verfassung

Starke Kommunen – starkes Land

Mehr Demokratie in den Kommunen

(...)

Stärker einbinden wollen wir auch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie sind Teil unserer Gesellschaft und sie sollen mitentscheiden, was vor Ort geschieht. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten.

Sicherheit und Freiheit schützen

Personalabbau bei der Polizei stoppen

(...)

Wir werden zudem Sorge dafür tragen, dass angesichts der anstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei frühzeitig Polizeinachwuchs in ausreichendem Umfang ausgebildet wird. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wollen wir im Jahr 2012 die Zahl der Neueinstellungen von derzeit 800 Polizeinachwuchskräften ausweiten. Neben den Sicherheitsaspekten leisten wir damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen. Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewonnen werden.